

HANS-JÜRGEN VON DER HEIDE

Dekonzentration in Ägypten

Bericht über ein Seminar der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung

Das Land

Ägypten, das größte und volkreichste Land des arabischen Sprachraumes, die Brücke zwischen Afrika und Asien, ist viermal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. In diesem Lande leben 40 Millionen Einwohner. Da aber mehr als 96,9% der Fläche des Landes von Wüste bedeckt sind, drängen sich diese 40 Millionen Menschen in den wenigen fruchtbaren Flächen des Landes, dem Niltal (das sich auf über 1000 km durch das Land zieht, das an schmalen Stellen nur wenige Kilometer beträgt, sich aber teilweise auf über 10 km ausdehnen kann), dem Nildelta, dem Gebiet des Suezkanals und einigen Senken und Oasen, zusammen. Die bewohnbare Fläche des Landes beträgt nur etwas mehr als 3% der Gesamtfläche. Die Bevölkerungsdichte beträgt in diesen bewohnbaren Flächen 1 100 Einwohner pro qkm. Die Bevölkerung wächst stark. Es gibt Pläne, in Zukunft in der Wüste neue Städte zu bauen, nachdem Kairo mit seinen Vorstädten schon tief in die Wüste hineingebaut worden ist.

Dem weltweiten Trend entsprechend, hat auch hier eine ungeheure Verstädterung eingesetzt. Millionen von Menschen sind in den letzten 30 Jahren vom Land fort in die Städte gezogen, vor allem in den Großraum Kairo und nach Alexandria. Kairo, 1950 noch eine Stadt von gut unter 3 Millionen Einwohner, hat heute 8 Millionen, der Großraum mit der linksnilischen Stadt Gizah hat deren über 12 Millionen. Er zählt heute zu den größten Stadtkörpern der Erde. Den täglichen Einwohnerzuwachs schätzt man auf 800 Personen (500 Geburten, 300 Zuwanderer). Kairo ist nicht nur – trotz des gegenwärtigen Boykotts – der wirtschaftliche (und wohl auch geistige) Mittelpunkt der arabischen Welt, sondern zugleich Afrikas. Die Stadt hat sich zur großen Drehscheibe entwickelt, deren Einflusssphären von Bagdad bis Rabat und bis ins südliche Afrika hineinreichen. Wer einmal auf dem Flughafen von Kairo gestanden hat und die Völkerscharen sah, die dort mit Fluggesellschaften eintreffen, die man in Europa kaum zu sehen bekommt, dem wird klar, wie eng inzwischen Afrika und der Mittlere Osten miteinander verflochten sind. In dieser Stadt überlagern sich vier Geschichtsepochen: die altägyptische, die christliche, die römische und die islamische. In ihr verbinden sich Geschichte und moderne Zivilisation.

Das Problem

Die Verstädterung des Landes, vor allem das Wachstum von Kairo, macht der ägyptischen Regierung wachsende Sorge. Die Problemlage ist damit doppelschichtig. Infrastruktur und Verkehrswesen in den Städten müssen dem schnell wach-

senden Bedarf angepaßt werden. Es müssen andererseits Mittel gefunden werden, die den ständigen Zustrom in die Städte wenigstens abbremsen. Für beide Aufgabenfelder sucht die ägyptische Regierung nach Lösungsmodellen.

Die Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden sind, sind ungleich größer als die in unserem Lande. Der Abstand zwischen den Lebensbedingungen auf dem Lande und in der Stadt ist unverhältnismäßig größer als in Europa, da die ländliche Bevölkerung der Fellachen noch wie vor Tausenden von Jahren lebt. Unter diesen Voraussetzungen ist für die Jugend der Landbevölkerung eine Metropole wie Kairo von höchster Anziehungskraft. Verglichen mit den Hütten aus Nilschlamm, dem gemeinsamen Dach für Mensch und Tier, ist schon die bescheidenste Unterkunft in der Stadt ein Fortschritt, und sei es eines der Grabmäler in der Gräberstadt der Mamelucken. Für Kinder und Jugendliche sind die Aufstiegschancen in der Stadt unvergleichlich besser als auf dem Lande, wenngleich es auch hier inzwischen ein durchgängiges Schulsystem gibt.

Im Großraum Kairo befinden sich 4 der 13 ägyptischen Universitäten mit gegenwärtig mehr als 230 000 Studenten. Die Zahl der Schüler der Grundschulen überschreitet 1,2 Millionen, die in über 1 700 Schulen von mehr als 70 000 Lehrern unterrichtet werden. Hinzu kommen 132 Sekundarschulen, 56 technische Schulen (Gewerbe-, Handels- und Landwirtschaftsschulen), 1 180 Oberschulen mit fast 700 000 Schülern und Lehrerausbildungsstätten.

Der Bedarf an Infrastruktur in einer solchen Stadtlandschaft mit mehr als 12 Millionen Menschen ist ungeheuer. 1,134 Milliarden Fahrgäste benutzten 1978 das öffentliche Transportsystem von Bussen, Trolley-Bussen, Straßenbahnen, den beiden S-Bahnen (nach Heliopolis und Helwan) und den Schiffen auf dem Nil. Zur Verfügung stehen dafür 1 840 Busse, 76 Trolley-Busse, 178 Straßenbahnzüge und 17 Nilschiffe¹. Zur Zeit wird der Bau einer U-Bahn erwogen.

In einem Land, in dem die Wüste mehr als 96% des Landes bedeckt, kommt der Wasserversorgung entscheidende Bedeutung zu. Die bereits 1865 gegründeten Wasserwerke lieferten 1978 im Tagesdurchschnitt 2,3 Millionen Kubikmeter Wasser. Der Bedarf hatte sich in den letzten 20 Jahren um 300% gesteigert. Das Leitungsnetz beträgt über 3 200 km. Der Wasserverbrauch wird sich bis zum Jahre 2 000 auf über 8 Millionen Kubikmeter täglich steigern.

In allen Gesprächen wird deutlich gemacht, daß die Nahostkriege Ägyptens Entwicklung entscheidend geschwächt hätten. Mehr als zwei Jahrzehnte lang sei der größte Teil des

1 Die Zahlen sind der Schrift „Cairo“ der Gouvernementsverwaltung von Kairo aus dem Jahr 1979 entnommen.

Nationaleinkommens in die Verteidigung geflossen. Eine Armee von mehr als 700 000 Mann mußte unterhalten und mit modernen Waffensystemen ausgerüstet werden. Trotz der Hilfeleistungen der anderen arabischen Staaten blieb die Hauptlast des Krieges den Ägyptern. Mit dem Frieden entstand auch die Chance, wieder in größerem Ausmaß Mittel für zivile Zwecke – vor allem für den Ausbau der Infrastruktur – freizumachen. Die Ägypter bemühen sich jetzt auch wieder verstärkt um ausländische Hilfe.

In den letzten Jahren haben sich nach einer Periode gewisser Abkühlung die freundschaftlichen Beziehungen guter Zusammenarbeit zwischen der ägyptischen Regierung und der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung wieder sehr verstärkt. Kairo ist inzwischen Städtepartnerschaften mit Stuttgart und Frankfurt eingegangen; Gizah strebte eine solche Partnerschaft mit einer deutschen Stadt auf der Ebene der Universitätsstädte an.

Die besondere Situation Kairos

Ein solcher Zuwachs an Menschen und Wirtschaftskraft konnte die städtebauliche Entwicklung einer Riesenstadt wie Kairo nicht unberührt lassen. Sie wuchs weit aus dem Niltal heraus in die Wüste hinein, und auch Gizah, auf dem linken Ufer von Afrikas größtem Strom, hat inzwischen den westlichen Wüstenrand und mit ihm die Pyramiden erreicht. Die Siedlungen, die früher für die russischen Berater erbaut wurden, liegen schon weit in der Wüste. Wenn die Entwicklung anhält, wird die Stadtlandschaft das historische Pyramidenfeld in sich einbeziehen und auch im Westen in die Wüste hineinwachsen.

Die Nilfront beiderseits des Stromes nimmt mehr und mehr den Charakter Manhattens an. Hochhaus an Hochhaus säumt schon jetzt den Strom, und weitere sind im Bau. Allein zwanzig neue Hotelriesen werden zur Zeit gebaut, meist in der Zone, die bisher von den Nilüberschwemmungen bedroht war und mit ihren Nilsänden unsicheren Baugrund bietet. Mehr und mehr frißt sich die Welle der Neubauten inzwischen auch in die Altstadt hinein. Neue Hochstraßen und Nilbrücken versuchen, den wachsenden Verkehrsfluß besser zu kanalisieren, in den Hauptverkehrszeiten mit nur mäßigem Erfolg.

Hier wird sichtbar, was sich so sehr ähnlich in den schnell wachsenden Städten und Stadtlandschaften der neuen Welt überall zeigt: Der Druck des Zuwachses nimmt ständig weiter zu. Heute sind es wie in Kairo, in Sao Paulo, in Mexico City 12, 13 und 14 Millionen Einwohner, morgen werden es 15 und nach den Vorhersagen zu Ende dieses Jahrtausends 20 Millionen Einwohner sein, die sich in einem solchen Gebilde zusammendrängen.

Ähnlich wie in den Großstädten Süd- und Mittelamerikas sieht man auch hier Armut und Not, aber nicht die Hoffnungslosigkeit, wie sie uns in Haarlem oder in anderen Städten der amerikanischen Ostküste begegnet. Für die große Masse der Zuwanderer gilt hier noch das Prinzip Hoffnung. Und in der Tat, für einen Teil der Zuwanderer gibt es, wenn auch bescheidene, Aufstiegschancen.

Ein Seminar für Fragen der Großstadtentwicklung und zur Dekonzentration der Verwaltung

In enger Zusammenarbeit zwischen dem Goethe-Institut Kairo und dem Ministerium für Kommunalverwaltung der Arabischen Republik Ägypten und unter der Schirmherrschaft der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung in Berlin fand in der Zeit vom 20. bis 24. Januar 1980 im Goethe-Institut in Kairo ein gemeinsames deutsch-ägyptisches Seminar zum Thema „Probleme der Großstadtverwaltung“ statt.

Auf der ägyptischen Seite war das Ziel dieser Veranstaltung eine umfassende Diskussion der sich durch die Binnenwanderung ergebenden Wachstumsprobleme ägyptischer Großstädte, vor allem Kairos. Es sollte versucht werden, Ansätze für ein modernes Dekonzentrationsprogramm zu schaffen, um durch geeignete Maßnahmen die Abwanderung der Bevölkerung aus anderen Teilen des Landes in die Großstädte, vor allem nach Kairo, wenn nicht zu unterbinden, so doch einzuschränken. Zudem sollte erörtert werden, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Städte dem Wachstumsprozeß anzupassen.

Teilnehmer waren auf der ägyptischen Seite: Generalsekretäre von Gouvernaten sowie Verwaltungschefs ägyptischer Großstädte, insgesamt 29 Seminarteilnehmer, die, soweit sie aus Kairo oder Gizah stammten, zu verschiedenen Themenbereichen noch Fachabteilungsleiter hinzuzogen. Im Vergleich zu unserem Land läßt sich die Veranstaltung als eine mehrtägige Konferenz von Regierungspräsidenten, Regierungsvizepräsidenten und Bürgermeistern von Großstädten beschreiben. Die deutschen Teilnehmer waren Oberstadtdirektor Dr. Karl-Heinz van Kaldenkerken, Dr. Kind als Vertreter der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung und der Verfasser.

Das Seminar wurde vom ägyptischen Minister für Kommunalverwaltung, vom Leiter des Goethe-Instituts in Kairo, Dr. Ohlau, als unmittelbarem Gastgeber sowie vom Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ägypten, Dr. Hille, eröffnet. Die Eröffnung und der Kreis der Seminarteilnehmer zeigten, welche Bedeutung die ägyptische Seite dieser Veranstaltung beimaß. Die Teilnehmer bildeten Arbeitsgruppen, die an den Nachmittagen die in der Seminararbeit behandelten Themen weiter vertieften und die Abschlusserklärung vorbereiteten. Diese Arbeitsgruppen leisteten eine umfangreiche Sacharbeit. Der Unterstaatssekretär des Kommunalministeriums, Tscherbini, übernahm die Berichterstattung für den Abschlußbericht persönlich, den er in enger Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden des Seminars, dem stellvertretenden Minister für Kommunalverwaltung, Kalawi, am letzten Tag des Seminars fertigstellte.

Ein Auszug aus der Entschließung für den ägyptischen Präsidenten

Diese Entschließung ist für Staatspräsident Sadat und seine Regierung bestimmt und soll Wege und Möglichkeiten aufzeigen, die schwierigen Entwicklungsprobleme des Landes besser als bisher zu lösen. Sie beschäftigt sich im einzelnen

mit den Wegen zur Begrenzung der Zuwanderung in Großstädte, mit der Bewältigung der Verkehrsprobleme in Stadt und Land, mit der Bauplanung, mit der Unterstützung des Wohnungsbaues, schließlich mit Fördermaßnahmen für die Industrieansiedlung in Gemeinden, also im wesentlichen mit zwei großen Problemfeldern: mit der Entlastung Kairos als des Hauptverdichtungsraumes vom Druck der Zuwanderung und mit der Beseitigung der durch den schnellen Bevölkerungszuwachs in Kairo entstandenen besonderen Problemlagen.

Nachfolgend werden im Auszug einige Thesen dieser Entschließung wiedergegeben. Sie zeigen, wie nah Probleme und Problemlösungen auch in so andersartiger Situation wie in Ägypten den unsrigen Überlegungen sind. Das Grundmuster, um das es bei der Aufstellung von Raumordnungsprogrammen und der Lösung regionaler Strukturprobleme geht, ist wohl weltweit ähnlich und muß nur entsprechend dem jeweils unterschiedlichen Entwicklungsstand der Länder und den anderen klimatischen und geographischen Gegebenheiten umgedacht und umgeformt werden.

Im Mittelpunkt der Überlegungen stand bei der dargestellten Situation der Zuwanderung in Kairo naturgemäß das Problem, diese Zuwanderung zu begrenzen. Hierzu heißt es in der Entschließung:

Wege zur Begrenzung der Zuwanderung in die Großstädte

1. Entwicklung des Landes mit dem Ziel, die großen Differenzen zwischen Großstadt- und den Landregionen zu verkleinern. Dies könnte zum Beispiel mit der Erhöhung des Lebensstandards durch Schaffen von Arbeitsplätzen und durch Verbesserung der Infrastruktur in den ländlichen Bezirken erreicht werden. Hierbei muß man die Gebiete, in denen die Landflucht am größten ist, bevorzugt unterstützen. Dies könnte zum Beispiel dadurch erreicht werden, daß dort weniger Steuern gezahlt werden müssen, daß Industrien dorthin verlagert und Voraussetzungen für deren Weiterentwicklung geschaffen werden sowie eine optimale Infrastruktur für die Gesundheits-, Sozial- und Erholungsfürsorge in diesen Gebieten geschaffen wird.
2. Rückverlegung von Regierungsorganen und anderen Institutionen und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes aus den Großstädten – insbesondere aus Kairo, El Gizah und Alexandria – in die Gebiete ihrer eigentlichen Tätigkeit (Dekonzentration/Dezentralisierung).
3. Revision der Industrialisierungslandkarte der Gouvernements der Republik mit dem Ziel einer gerechteren Verteilung der Industrien. Erschließen geeigneter Gebiete außerhalb der Großstädte zur Ansiedlung größerer Industrieprojekte. Dabei muß berücksichtigt werden, daß eine homogenisierte Industrie einschließlich aller Serviceleistungen und der zugehörigen Infrastruktur gewährleistet sein muß. Planungen zur Industrialisierung der ländlichen Gebiete, zur Gewährleistung von ortsgebundenen Arbeitsplätzen und zur Anhebung des Lebensstandards in diesen Gebieten mit dem Ziel, die Landflucht einzudämmen.
4. Verstärkte Unterstützung bei der Gründung landwirtschaftlicher Genossenschaften, insbesondere in den nördlichen Küstenbezirken, zwischen Alexandria und Fayoum und zu beiden Ufern des Nils nach Süden, überall dort, wo sowohl der Boden als auch das Vorhandensein von Bewässerungsanlagen dies erlauben. Dabei muß die Entwicklung und Ruhe der Städte, der neuen Anziehungspunkte, gewährleistet sein.
5. Errichtung neuer Attraktionsgebiete im Bereich des Suez-Kanals und an den Küstengebieten des Roten Meeres; Verbesserung der Verkehrswege auf dem Lande und auf der Schiene von und in diese Gebiete. Dabei müssen alle Voraussetzungen zur Weiterentwicklung dieser Gebiete vorliegen.

Auf dieser Grundlage setzt sich die Entschließung sodann unter der allgemeinen Überschrift „Förderungsmaßnahmen für die Industrieansiedlung in den Gemeinden“ mit dem Problem der Dekonzentration des Mitteleinsatzes und größerer Zuständigkeiten in den Gouvernaten und Gemeinden auseinander, um ihnen einen entsprechenden Entscheidungsspielraum einzuräumen. Interessant ist dabei insbesondere die These, in Zukunft das deutsche Sparkassensystem zu übernehmen. Es wird ferner vorgeschlagen, unserer Kirchensteuer entsprechend in gleicher Höhe wie bei uns (10%) eine Religionssteuer einzuführen. Neben den rein religiösen Zwecken ist dabei auch an wohltätige Zwecke gedacht, die von Staats wegen nicht oder nur schwer befriedigt werden könnten.

Zur Lage der Gemeinden wird vom Grundsätzlichen her folgendes ausgeführt:

1. Überprüfung der Methoden, der Vorbereitung und Durchführung von Jahreshaushaltsplänen der Gemeinden, damit ihnen größere Freiheit gegeben werden kann, ihre Haushaltspläne selbst zu gestalten und Ausgabenziele festzulegen, was dazu dienen soll, eine gesunde Haushaltsgestaltung und eine genauere Planung, deren Einhaltung überprüfbar ist, zu erreichen.
2. Minderung der Verwaltungskosten und Erhöhung der Einnahmen (Haushaltsgleichgewicht), um zu vermeiden, daß der Staat zu hoch subventionieren muß.
3. Die Gemeinden sollen in Stand gesetzt werden, Kredite zu vergeben. Ohne daß die Genehmigung des Gouvernements-Rates eingeholt werden muß, soll von der Volksversammlung des Gouvernements darüber beschlossen werden können. Bedingung muß jedoch sein, daß diese Kredite für die Durchführung der Entwicklungspläne des Staates notwendig sind.
4. Örtliche Sparkassen sollten gegründet werden, in denen auch die Gelder und Einnahmen der Gemeinden angelegt werden, wodurch ein Anreiz für Spareinlagen der Einwohner gegeben wird. Durch Kredite dieser Institutionen können dann Entwicklungspläne der Gemeinden finanziert und kleine örtliche Industrien und Handelsunternehmen gefördert werden.
5. Es sind weitere Voraussetzungen für die Industrialisierung der Gemeinden zu schaffen, zum Beispiel durch Bereit-

stellung der notwendigen Fachkräfte, durch geeigneten Grund und Boden für die Ansiedlung von Betrieben usw.

Bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in den Städten wird ein breites Spektrum von Problemen und möglichen Instrumentarien angeboten. Die Vorschläge zur Bewältigung der Verkehrsprobleme bewegen sich in den Bahnen, wie sie auch bei uns bestehen. Für die Bauplanung wird unterstrichen, daß sie für die Durchsetzung in der praktischen Bauentwicklung größeres Gewicht erhalten muß. Wie bei uns stehen auch in den ägyptischen Gemeinden Modernisierung des überkommenen Hausbestandes und Bau weiterer Sozialwohnungen im Vordergrund der Überlegungen. Hier wird in der Entschließung ausgeführt:

Modernisierung

Erstellung von Modernisierungsplänen für die Stadtgebiete, die den Bauanforderungen nicht entsprechen, die Anforderungen an die Hygiene nicht erfüllen oder die durch ihr Alter oder wegen bisher fehlender Modernisierungsmaßnahmen in den letzten Jahren mit den modernen Anforderungen einer Großstadt nicht Schritt gehalten haben.

Sozialer Wohnungsbau

Grundstücke, die dem Staat gehören, sollten Kapitalträgern zu sehr niedrigen Preisen angeboten werden; das muß jedoch zweckgebunden geschehen. Dies wird als sehr wichtig für die Förderung des Wohnungsbaus angesehen, insbesondere für den Bau von wirtschaftlichen (Sozial-) Wohnungen und für Wohnungen des Mittelstandes, entsprechend der Wohnungsbauplanung des jeweiligen Gebiets. Dabei sind Wohnungsbaugenossenschaften besonders zu unterstützen, damit sie vermehrt Grundstücke kaufen und ihren Mitgliedern anbieten können.

Gezielte Begünstigung von Kapital und von Bauträgern, damit die Gelder tatsächlich im sozialen Wohnungsbau und im Bau von Wohnungen der mittleren Güteklasse investiert werden. Das kann durch Niedrigzinspolitik bei Bauten im sozialen Wohnungsbau und im Wohnungsbau für den Mittelstand geschehen sowie durch Herabsetzung der Preise für die Grundstücke, die der Staat den Genossenschaften zur Verfügung stellt. Den Industriebetrieben soll empfohlen werden, für ihre Mitarbeiter passenden Wohnraum zu schaffen und ihnen die Möglichkeit zu geben, diese Wohnungen auch als Eigentum zu erwerben. Voraussetzung ist die Bereitstellung einer ausreichenden Infrastruktur, die es erlaubt, eine neue homogene und beständige, für die örtliche Industrie tätige Bevölkerung anzusiedeln. Dadurch wird auch die Kontinuität

der Produktion gefördert und das öffentliche Verkehrs- und Straßennetz über längere Strecken entlastet.

Ein besonderer Hinweis erfolgt sodann auf die Aufgaben der Bauaufsicht, die bisher in Ägypten nur beschränkt vorgeesehen waren.

Die Bauaufsicht muß gewährleistet und gesetzlich verantwortet sein. Sie muß sowohl die Prüfung der Baupläne als auch die Aufsicht während des Baues wahrnehmen können. Ihre Tätigkeit sollte eine Sicherheitsgarantie für die späteren Bewohner sein. Sie muß befugt sein, für alle Zuwiderhandlungen, die die Vorbedingungen, Baubeschreibungen und Sonderregelungen für den Bau verletzen, auch Strafen zu erlassen. Die zuständigen Organe des Ministeriums für Inneres sollen dafür Verantwortung tragen neben den eigentlich Verantwortlichen in den Gemeinden, die bei Zuwiderhandlungen den Abriß anordnen können. Außerdem sollen Vertragsstrafen erlassen werden und, wenn notwendig, entsprechend den ägyptischen Gesetzen auch Gefängnisstrafen, je nach Umfang und Gefährlichkeit des Verstoßes.

Unser Selbstverwaltungs- und Dekonzentrationssystem bleibt ein bedeutender Exportartikel

Die vorstehend auszugsweise dargestellte Entschließung macht deutlich, wie gewichtig das Problem der Dekonzentration für Ägypten ist. Die hier vorgeschlagenen Lösungsansätze erscheinen höchst sinnvoll und geeignet, die Situation in diesem Lande zu verbessern.

Das Seminar des Goethe-Instituts hat wieder deutlich gemacht, daß es sich lohnt, das in unserem Lande praktizierte System kommunaler Selbstverwaltung beispielhaft vorzuführen. Auch da, wo eine bürgerschaftliche Mitarbeit in unserem europäischen Sinne nicht ohne weiteres möglich ist, bietet sich, wie hier in Ägypten, unser damit verbundenes System der Dekonzentration und Dezentralisierung als nachahmenswert an. Diese Gesichtspunkte sind auch in sehr unterschiedlichen Staatsformen zu verwirklichen. Gerade in Ägypten wäre es von großer Bedeutung, die Verwaltung zu dekonzentrieren. Nur so ließen sich die gefährlichen Wanderungen, vor allem nach Kairo, langfristig eindämmen. Ich meine, daß der ägyptische Abschlußbericht die Lage richtig beurteilt.

Es kommt ein weiteres hinzu: Kommunale Kontakte haben vor 30 Jahren zur Einigung Europas beigetragen; kommunale Kontakte können heute dazu dienen, zu einem weit besseren Verständnis der Völker untereinander in der weiten Welt zu führen. Wie in Europa können sie auch anderwärts dazu führen, einerseits Verständnis für die besondere deutsche Situation zu schaffen, andererseits eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zu stärken.